

FDP
Die Liberalen



ST. GALLER FREISINN

St. Gallen	2/3/4	Bericht der DV in Brig	8/9	Wahlkampf-Mobilisierung	12/13	Unter Freisinnigen	16
Rückblick kantonale Wahlen	6/7	Page romande	10	Drei Werte: Gemeinsinn	14/15	Starker Standort Schweiz	22

37. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen St. Gallen

Inhalt

Keller-Sutter blickt voraus

Ständerätin Karin Keller-Sutter zieht nach ihrer ersten Legislatur im Bundeshaus eine Zwischenbilanz. Gleichzeitig spricht sie über ihre Motivation und ihre Ziele für die kommenden vier Jahre. Die Schweiz steht vor einer Richtungswahl.

Seite 3

Umweltfreisinnige mit eigener Liste

Die St. Galler Umweltfreisinnigen (ufs) treten mit einer eigenen Nationalratsliste zu den eidgenössischen Wahlen vom 18. Oktober an. Um die Wahlchancen der liberalen Kräfte im Kanton zu erhöhen, wird die ufs-Liste mit jener der FDP unterverbunden.

Seite 4

Neue Homepage ist online

Seit Mitte April ist die neue Homepage der FDP des Kantons St. Gallen online. Der neue Internetauftritt ist übersichtlicher gegliedert und bietet allen Interessierten rund um die Uhr die wichtigsten Informationen zur Partei.

Seite 4

Mobilisierung

Die kantonalen Wahlen haben es gezeigt: Die FDP kann mobilisieren! Doch erst recht jetzt dürfen wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausrufen.

Seite 13

14. Juni 2015

2x Nein zu neuen Steuern

Mit der Erbschaftssteuerinitiative und der kantonalen «Steuer-gerechtigkeitsinitiative» der SP entscheidet die St. Galler Bevölkerung am 14. Juni über zwei Vorlagen von grosser finanzieller Tragweite. Beide Vorlagen zeuseln am Fundament unserer liberalen Ordnung und verdienen eine deutliche Abfuhr.

**Marc Mächler, Präsident
FDP.Die Liberalen St. Gallen**

Beide Vorlagen atmen den Geist der Wettbewerbsfeindlichkeit und bedrohen die Existenz zahlreicher kleinerer und mittelgrosser Betriebe, dem Rückgrat unserer Volkswirtschaft. Im Kanton St. Gallen hat sich ein überparteiliches Komitee formiert, dem neben den Wirtschaftsverbänden (kantonaler Gewerbeverband, IHK und HEV) auch die bürgerlichen Parteien im Kantonsrat angehören (FDP, SVP, CVP, BDP, Grünliberale). Die operative Führung der Kampagne liegt bei den Freisinnigen.

Nein zur Bundes-Erbschaftssteuer

Die Erbschaftssteuerinitiative will die Kompetenz zur Besteuerung von Erbschaften von den Kantonen an den Bund verschieben und Beträge von über 2 Mio. Franken mit 20 Prozent besteuern. Das Ansinnen der Initianten stellt einen weiteren Angriff auf die Steuerhoheit der Kantone dar:



Marc Mächler

Heute kennen die meisten Kantone Erbschaftssteuern, die ihnen zugrunde liegenden Gesetze wurden demokratisch festgelegt. Da nützt es wenig, wenn ein Drittel der Erträge der neuen Erbschaftssteuer an die Kantone fließen sollen. Fakt ist, dass eine zentralistische Steuer die föderalistische Struktur unseres Landes schwächt und ein wesentliches Element des Wettbewerbs unter den Kantonen aus-

hebelt. Der hohe Steuersatz von 20 Prozent erschwert zudem die Nachfolgeregelung bei Familienunternehmen, da er den Betrieben beim Übergang auf die nächste Generation Geld entzieht oder dieses für lange Zeit blockiert. Nationalrat Ruedi Noser (ZH) liefert in seinem Artikel weitere Gründe, weshalb die Erbschaftssteuer abzulehnen ist (Seite 17).

Nein zur linken Neid-Steuer

Die sogenannte «Steuer-gerechtigkeitsinitiative» der St. Galler SP will den heute bei der Vermögenssteuer geltenden, einheitlichen Steuersatz von 1,7 Promille durch einen dreistufigen, progressiven Satz ersetzen (1,7 bis 3 Promille). Dies würde zu einer massiven Erhöhung der Vermögenssteuer führen. Nebst Privatpersonen wären auch gewisse Unternehmenskategorien (vorwiegend KMU) von der Steuererhöhung betroffen, deren «Vermögen» aus Geschäftsliegen-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

schaften, Lagerbeständen, Büroeinrichtungen und Maschinen besteht.

Bei genauerer Betrachtung erweist sich die SP-Initiative als simples Neid-Projekt. Tatsache ist, dass St. Gallen Vermögen im Vergleich zu den Nachbarkantonen bereits heute ausseror-

dentlich stark besteuert. Konkret ist die Steuerbelastung bei Vermögen bis 2 Mio. Franken im Kanton St. Gallen am höchsten, in den darüber liegenden Vermögenskategorien am zweithöchsten. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine überzogen starke Besteuerung hoher Vermögen die Abwanderung von gutsituierten Perso-

nen in die Nachbarkantone fördert. Sollte St. Gallen seine Vermögenssteuern weiter erhöhen, liegt es auf der Hand, dass weitere gute Steuerzahler aus dem Kanton verjagt werden. Da hohe Einkommen nicht selten auch an hohe Einkommen geknüpft sind, wären die zu erwartenden Steuerausfälle massiv. Den Preis dieser verfehlten,

von reiner Ideologie getriebenen Politik zahlt in jedem Fall der Mittelstand, dessen Mobilität in Bezug auf die Wohnortswahl deutlich tiefer ist als jene der sehr gut Verdienenden. Die Erklärung, wie diese Mehrbelastung des Mittelstands der Steuergerechtigkeit dienen soll, bleiben die Initianten der Bevölkerung seit Jahren schuldig.



am 14. Juni:

NEIN zur eidgenössischen Erbschaftssteuer

NEIN zur kantonalen Vermögenssteuer

Linke Zwängerei stoppen

Die kantonale Initiative reiht sich ein in den erfolglosen Kampf, den die Linke in diversen Kantonen seit einigen Jahren gegen die kantonale Steuerautonomie und das ihr zugrundeliegende Prinzip des Wettbewerbs führt. Mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung ist die SP schon zweimal – sowohl im Kanton als auch auf Stufe Bund – gescheitert. Nun versucht sie es mit dem Umbau der kantonalen Vermögenssteuern. Bereits im November 2010 wurde auf Bundesebene die erste «Steuergerechtigkeitsinitiative», welche die Schaffung von Mindeststeuersätzen auf hohen Vermögen verlangte, an der Urne verworfen; im Kanton St. Gallen fand die Idee weniger als 40 Prozent Zustimmung. Es ist an der Zeit, mit einem weiteren Nein ein klares Zeichen gegen diese linke Zwängerei zu setzen.

Falsche Zeit für Experimente

Eine Annahme der SP-Initiative würde die ehrgeizigen Ziele der von der FDP unterstützten kantonalen Steuerstrategie, den Kanton betreffend die Steuerbelastung im Mittelfeld der Kantone zu positionieren, kompromittieren. Ohnehin erscheint der Zeitpunkt für politische Experimente an der Umverteilungsfrente angesichts der veränderten Ausgangslage nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses schlecht gewählt. Anstatt ohne Not die Wettbewerbsposition und die Standortqualität zu schwächen, sind heute Massnahmen gefordert, um die vorhandenen Stärken weiter auszubauen. Aus liberaler Sicht zählt dazu ein klares Bekenntnis zum Steuerwettbewerb. Dieser unterstützt einen sparsamen, bürgerfreundlichen Staat mit einem möglichst attraktiven Preis-Leistungs-Verhältnis, spricht eine Kombination von effizienten staatlichen Leistungen und einer geringen Steuerbelastung.

FDP
Die Liberalen

CVP

SVP
SCHWEIZER
QUALITÄT

BDP

glp
gewerbe
st.gallen

IHK
St. Gallen
Appenzell

HEV
Kanton St. Gallen

Ständerätin Karin Keller-Sutter

Mit Freude und Herzblut in Bern

Ständerätin Karin Keller-Sutter zieht nach ihrer ersten Legislatur im Bundeshaus eine Zwischenbilanz. Gleichzeitig spricht sie über ihre Motivation und Ziele für die kommenden vier Jahre. Die Schweiz steht vor wichtigen Weichenstellungen, die nach klaren liberalen Positionen verlangen.

Karin Keller-Sutter, Ständerätin

Vor vier Jahren hat mich das St. Galler Volk nach 12-jähriger Regierungstätigkeit in den Ständerat gewählt. In der gleichen Zeit habe ich mich auch in der Privatwirtschaft etabliert. Meine Erwerbstätigkeit gibt mir den notwendigen Einblick in die Praxis und die Lebensrealität der Menschen. Ich bin damit eine klare Vertreterin unseres Bürgerstaates, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger an der politischen Arbeit beteiligen.

Knappe Mehrheiten

Meine Arbeit im Ständerat basiert auf zwei grundlegenden Prinzipien. Erstens: ich verfolge in allen Politikbereichen eine konsequent bürgerlich-liberale Politik, die sich an den drei Grundsätzen «Privat vor Staat, Freiheit vor Gleichheit und Erwirtschaften vor Verteilen» orientiert. Während vor einigen Jahren diese Prinzipien auch in Bundesbern noch eine Mehrheit fanden, müssen wir Liberale heute um jede Stimme kämpfen. Oft entscheiden im Ständerat eine oder zwei Stimmen darüber, ob noch mehr reguliert, umverteilt und besteuert wird. Die Regulierungswut in zahlreichen Wirtschafts- und Lebensbereichen, das abnehmende Vertrauen in die Freiheit des Einzelnen wie auch der Wirtschaft, der zunehmende Glaube an staatliche Lösungen, Eingriffe und Kontrollorgane und die Überzeugung, der Staat sei besser geeignet, Gerechtigkeit und Freiheit herzustellen als der einzelne Mensch, führen dazu, dass das liberale Fundament langsam aber sicher bröckelt. Hier habe ich Gegensteuer gegeben und möchte das auch weiterhin tun!

Einsatz für St. Gallen

Das zweite Prinzip, das meine Arbeit prägt, ist das Bewusstsein und die



Karin Keller-Sutter

Überzeugung, dass ich in erster Linie Landesvertreterin bin. Subsidiarität und Föderalismus sind deshalb wichtige Leitlinien meines politischen Handelns. Die Zentralisierungstendenzen in unserem Staat sind unübersehbar. Und immer findet man einen guten Grund, warum der Bund angeblich besser geeignet sei, eine Aufgabe zu erfüllen als die Gemeinden und die Kantone. Dabei wird verkannt, dass das Erfolgsmodell Schweiz weitgehend auf der direkten Demokratie sowie der Kostenkontrolle vor Ort basiert.

Als Ständerätin engagiere ich mich zudem parteiübergreifend für st. gallische Anliegen. Der Ausbau der Bahnlinie im Rheintal und die Schaffung eines Metropolitanraums St. Gal-

len-Bodensee sind wichtige Beispiele. Zudem setze ich mich für die rasche Engpassbeseitigung auf der Stadtautobahn ein.

Für die genannten Grundsätze stehe ich auch in der kommenden Legislatur ein. Zudem sehe ich drei strategische Herausforderungen, an denen ich gerne weiter mitarbeiten möchte.

Wichtige Ziele

Es sind dies: die Unternehmenssteuerreform III, die Altersvorsorge 2020 sowie unser Verhältnis zu Europa. Die Unternehmenssteuerreform III ist nicht einfach ein technisches Steuerehdossier, sondern eine massgebliche Weichenstellung für die Schweizer Volkswirtschaft. Zur Altersvorsorge 2020: Die Rentensicherheit ist ein ge-

sellschaftlicher Grundpfeiler der Schweiz. Diesen Grundpfeiler gilt es für die Zukunft zu rüsten. Das Parlament muss dabei die vom Bundesrat präsentierte Vorlage in mehrheitsfähige und finanzierbare Einzelpakete packen. Zudem basiert die Vorlage heute einseitig auf Mehreinnahmen, was den Mittelstand und die KMU stark belastet. Im Jahr 2030 ergibt dies eine jährliche Mehrbelastung von 10 Mia. Und dann «last but not least» unser Verhältnis zu Europa: Im Zuge der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative muss der bilaterale Weg erhalten bleiben. Das Volk hat dieser Initiative zugestimmt, weil es die Zuwanderung beschränken wollte. Wollte es auch den bilateralen Weg beenden? Ich glaube nicht. Wer den bilateralen Weg relativiert, ohne eine Alternative für den Marktzugang zu unserem wichtigsten Handelspartner zu präsentieren, gefährdet unseren Wohlstand und unsere Arbeitsplätze.

Auf dem Hintergrund der Frankenstärke sind diese Projekte aktueller denn je. Gefragt sind jetzt nicht Konjunkturprogramme und politischer Aktivismus, sondern die Konzentration auf wesentliche Weichenstellungen für unser Land. Unser exportorientierter Kanton ist von der Frankenstärke besonders betroffen. Umso mehr werde ich mich gegen weitere Steuern, Abgaben und Vorschriften wehren. In den kommenden schwierigen Zeiten gilt es erst recht, den Systemvorsprung der Schweiz zu erhalten.

Gerne möchte ich meine Arbeit als Ständerätin, die ich für unseren Kanton mit viel Freude, Engagement und Herzblut leiste, auch in der nächsten Legislatur weiterführen. Dabei werde ich mich auch in Zukunft an unseren bürgerlich-liberalen Werten und den Interessen unseres Kantons orientieren.

Umweltfreisinnige des Kantons St. Gallen (ufs)

Umweltfreisinnige mit eigener Liste

Die Umweltfreisinnigen des Kantons St. Gallen (ufs) werden mit einer eigenen Liste an den Nationalratswahlen vom kommenden Herbst antreten. Die ufs ist eine eigenständige Bewegung innerhalb der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP). Entsprechend wird die ufs-Liste mit jener der FDP verbunden.

Der Entscheid fiel einstimmig an der gut besuchten Mitgliederversammlung in St. Gallen unter der Leitung von Co-Präsident Raphael Lüchinger. Nach ihm ist eine Teilnahme an den Wahlen wichtig, um bekannter zu werden und eigene Positionen besser markieren zu können.

ufs – das Original

Den Entscheid begrüßte der ebenfalls an der Versammlung anwesende FDP-Kantonalpräsident Marc Mächler: «Ihr Umweltfreisinnigen seid im Kanton St. Gallen das Original. Die Grünliberalen traten erst später auf dem politischen Parkett auf.» Tatsächlich wurde die ufs bereits vor über 20 Jahren, 1993, gegründet und trat schon zweimal, 1995 und 2007, mit einer eigenen Liste bei den Nationalratswahlen an. Eine Wahlteilnahme, so Mächler, diene der ufs zur Profilierung, und für die FDP sei es gut zu



Die ufs-Kandidaten (von links): Daniel Gerber, Kathrin Gabathuler, Ronni Anbauen, Elisabeth Zwicky Mosimann, Michael Eberli. Auf dem Bild fehlt Pius Good. FOTO: S. KLINGER

zeigen, dass sich freisinnige Leute schwergewichtig mit der Umweltproblematik auseinandersetzen.

Kandidaten der ufs

Auf der ufs-Liste sind sechs Kandidaten, zwei Frauen und vier Männer, mit einer guten regionalen Verteilung von

Wil, über die Region St. Gallen, bis ins Sarganserland. Es kandidieren:

■ **Kathrin Gabathuler**, Studentin BWL Universität St. Gallen, St. Gallen/Salez;

■ **Elisabeth Zwicky Mosimann**, lic. iur. Rechtsanwältin, LL.M., MBA, Mitglied Stadtparlament, St. Gallen;

■ **Ronni Anbauen**, Stadtrat Stadt Rorschach, Geschäftsführer und Partner CarlosMartinez Architekten Rorschach AG, Rorschach;

■ **Michael Eberli**, Informatikingenieur HTL, Inhaber einer Informatikfirma, Mitglied Hochschulrat NTB Buchs, Buchs;

■ **Daniel Gerber**, Unternehmensberater, Dozent höhere Fachschule, Mitglied Stadtparlament Wil, Bronschhofen;

■ **Pius Good**, Masch.-Ing. HTL, Betriebs-Ing. SIB, Geschäftsführer eines Maschinenbau-KMU, Gemeinderat, Mels.

KURZMELDUNGEN

Wechsel in der KR-Fraktion

Nach 18 Jahren im Kantonsrat hat Heinz Wittenwiler (Krummenau) zum Abschluss der diesjährigen Februar-session seinen Rücktritt aus dem Parlament bekannt gegeben. Für den 57-Jährigen rückt der Nesslauer Gemeindepräsident Kilian Loser in die FDP-Fraktion nach. Wittenwiler vertrat mit grossem Engagement die Interessen des Toggenburgs in der Pfalz. Zudem wirkte er bis zur Fusion mit Nesslau auch 20 Jahre lang als Gemeinderat von Krummenau. Wittenwiler hat sich im Kantonsrat stets für die Gemeindevereinigungen stark gemacht und auch einige vorberatende Kommissionen für Fusionen präsiidiert. Viel Herzblut hat Bauspezialist Wittenwiler zudem für Bauvorlagen aufgewendet; zuletzt im Rahmen der vorberatenden Kommission für den Bau der Umfahrungsstrasse Bütschwil. Ausserhalb des eigentlichen Ratsbetriebs sorgte der talentierte Skifahrer als Seriensieger beim Parlamentarier-Rennen für positive Schlagzeilen.

Neue Homepage ist online

Seit Mitte April ist die neue Homepage der FDP des Kantons St. Gallen aufgeschaltet. Frisch, visuell überzeugend, übersichtlich und schlank, mit einer intuitiven Benutzerführung, optimiert für den Zugriff über Smartphones, Tablets oder Computer – dies waren die Vorgaben, mit denen wir uns Anfang Jahr ans Projekt gewagt haben. Ob uns die Umsetzung gelungen ist, entscheiden Sie. Wir freuen uns über Ihr Feedback, Ihre zukünftigen Besuche auf unserer Homepage, Ihr Interesse an unserem Newsletter, der ebenfalls im neuen Layout übermittelt wird, oder Ihre persönliche Kontaktaufnahme, damit Sie mehr über den St. Galler Freisinn erfahren.

www.fdp.sg



FDP Die Liberalen

Einladung: Nein zur Erbschaftssteuerinitiative

Referat von Bundesrat Johann N. Schneider-Ammann, Vorsteher Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF)

www.fdp.sg

Samstag, 30. Mai 2015, 18.00 bis ca. 20.00 Uhr
Restaurant Schäfli, Staatsstrasse 50, 9472 Grabs